Abstimmung : die Armeewaffe bleibt zuhause im Schrank

Autor(en): **Lenzin, René**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **38 (2011)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-909590

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Strassenfinanzierung muss Bundesrätin Leuthard noch mit dem für Autobahnvignette und Mineralölsteuer zuständigen Finanzdepartement vertiefen.

Widerstand von allen Seiten

Die Vorschläge des Bundesrats stellen einen indirekten Gegenvorschlag zur kürzlich eingereichten Volksinitiative für den öffentlichen Verkehr dar. Dieses von Umweltverbänden und links-grünen Parteien lancierte Projekt fordert, dass die Hälfte der zweckgebundenen Mineralölsteuern dem öffentlichen Verkehr zugutekommen soll. Auch das Konzept des Bundesrats sieht zwar eine Verwendung von Treibstoffzöllen für die Bahn vor, aber die Umverteilungsquote der Initianten geht ihm zu weit.

Ob allerdings sein Konzept mehrheitstauglich ist, muss sich in der politischen Diskussion erst noch weisen. Jedenfalls zeichnet sich breiter Widerstand ab. Die Kantone wehren sich gegen zusätzliche Ausgaben für die Bahn. Die SP und die Grünen wollen keine Tariferhöhungen für den öffentlichen Verkehr akzeptieren, weil dies ökologisch falsche Anreize setze. Und viele bürgerliche Politiker wollen verhindern, dass der öffentliche Verkehr dauerhaft aus Strassenzöllen mitfinanziert wird.

DIE MEHREINNAHMEN

Strasse: In einem ersten Schritt wird der Preis der Autobahnvignette von 40 auf 80 bis 100 Franken erhöht. Das ergäbe jährliche Mehreinnahmen von 300 bis 450 Millionen.

Später steigt der Mineralölsteuerzuschlag um 7 bis 10 Rappen pro Liter, was pro Jahr zusätzliche Erträge von 500 bis 700 Millionen Franken generieren soll.

Schiene: Die Bahnen sollen pro Jahr 300 Millionen mehr für die Benutzung der Geleise zahlen. Da sie diese Erhöhung der Trassenpreise auf die Kunden abwälzen, wird das Bahnfahren um durchschnittlich 10 Prozent teurer.

Wer über lange Strecken pendelt, soll künftig weniger Fahrtengeld von den Steuern abziehen können. Daraus ergeben sich Mehreinnahmen von 250 Millionen Franken, die den Bahnen zufliessen sollen. 300 Millionen sollen die Kantone an den Bahninfrastrukturfonds beisteuern. Weitere 40 Millionen pro Jahr erhält der Fonds aus einer Umschichtung vom bestehenden Verpflichtungskredit für den Lärmschutz. RL

Die Armeewaffe bleibt zuhause im Schrank

56,3 Prozent der Stimmenden und 20 Kantone haben die Waffeninitiative abgelehnt. Armeeangehörige müssen ihre Waffen auch künftig nicht im Zeughaus lagern. Von René Lenzin

Die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» blieb an der Urne chancenlos. Bei einer Stimmbeteiligung von knapp 49 Prozent scheiterte das Begehren sowohl am Stände- als auch am Volksmehr. Nur gerade vier Westschweizer Kantone sowie Basel-Stadt und Zürich befürworteten die Initiative (siehe Karte).

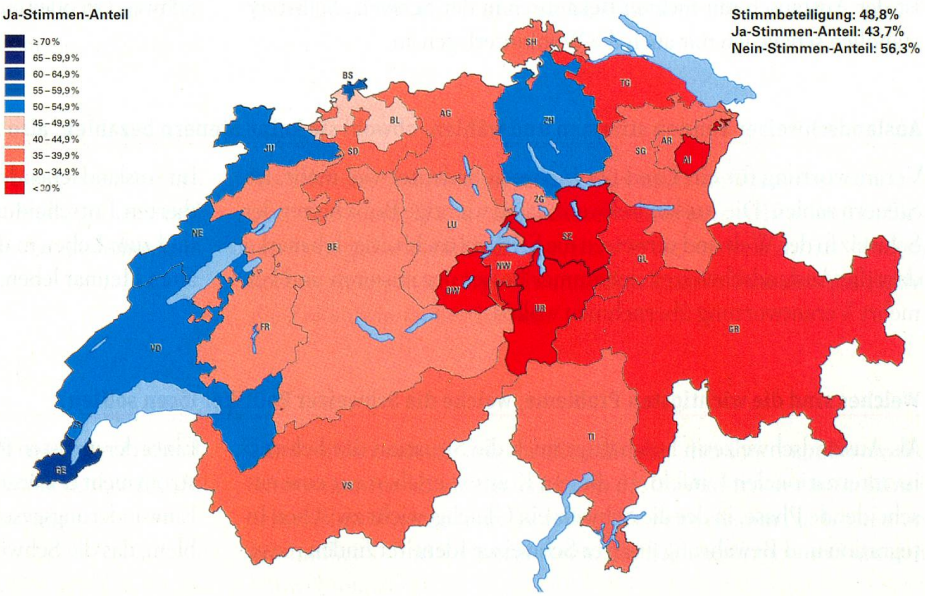
Insgesamt verliefen die Unterschiede beim Abstimmungsverhalten nicht entlang der Sprachgrenze, sondern zwischen Stadt und Land. Obwohl in der Westschweiz insgesamt ein knappes Ja resultierte, verwarfen die eher ländlichen Kantone Freiburg und Wallis die Initiative mit landesweit überdurchschnittlichen Neinwerten. Der Stadt-Land-Graben zeigte sich exemplarisch in den beiden bevölkerungsreichsten Kantonen: In Zürich liegt die Schere bei 33,9 Prozent Ja im Bezirk Andelfingen und 65,4 Prozent Ja im Bezirk Zürich. Im Kanton Bern lag die Zustimmung insgesamt bei 40,6 Prozent, in der Stadt Bern hingegen bei 66,4 Prozent.

Die Volksinitiative verlangte, dass Armeewaffen nicht mehr zu Hause, sondern im Zeughaus aufzubewahren seien. Zudem forderte sie ein nationales Waffenregister sowie einen Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis für Kauf und Benutzung von Schusswaffen. Sie hatte insofern präventive Wirkung entfaltet, als Bundesrat und Parlament das Waffenrecht bereits vor der Abstimmung verschärft haben. So dürfen Soldaten keine Munition mehr für ihre Armeepistole oder ihr Sturmgewehr zu Hause aufbewahren. Und sie können ihre Waffe freiwillig im Zeughaus lagern – davon haben allerdings bisher nur sehr wenige Gebrauch gemacht.

Nach der Abstimmung kündigte Justizministerin Simonetta Sommaruga weitere Verschärfungen beim Waffenrecht an, um tödliche Unfälle oder Selbstmorde mit Armeewaffen zu verhindern.

Keine Abstimmung am 15. Mai

Bis zu den eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober 2011 findet keine nationale Volksabstimmung mehr statt. Weil es keine abstimmungsreifen Vorlagen gibt, hat der Bundesrat beschlossen, am urrsprünglich vorgesehenen Termin vom 15. Mai keinen Urnengang durchzuführen. Kantonal und kommunal finden aber an diesem Tag verschiedene Wahlen oder Abstimmungen statt.



SCHWEIZER REVUE März 2011 / Nr. 2
Grafik: Abstimmungsstatistik, BFS